



Grenze wurde 2019 beschlossen. (APA)

## Parteien schöpften Spendengrenze nicht aus

WIEN. Die Parteien haben den Spendenrahmen im Vorjahr offenbar nicht ausgeschöpft. Das legen die vom Rechnungshof veröffentlichten Parteispenden 2019 nahe. Theoretisch hätte jede Partei im zweiten Halbjahr noch 375.000 Euro einnehmen dürfen. Gemeldet wurden dem Rechnungshof aber lediglich 147.000 Euro.

Der entsprechende Deckel gilt seit vorigem Juli: Seiher sind Großspenden über 7500 Euro verboten, und pro Jahr darf keine Partei mehr als 750.000 Euro einnehmen. Wie nahe die Parteien dieser Grenze gekommen sind, ist noch nicht bekannt, da es auch nicht offenlegungspflichtige Kleinspenden gibt. Die Gesamtsumme darüber wird erst mit den 2021 vorliegenden Rechenschaftsberichten der Parteien bekannt.

Die Neos meldeten die meisten Spender. 19 Personen haben insgesamt 103.000 Euro gespendet. Laut Homepage der Partei kommen dazu noch 71.000 Euro an kleineren Spenden. Die Grünen haben sechs Spenden über 30.400 Euro gemeldet, die SPÖ 8000 Euro von zwei Spendern. Die ÖVP, die 2017 im Wahlkampf eine Reihe von Großspenden bekommen hat, hat im zweiten Halbjahr 2019 keine Spende über 2500 Euro gemeldet.

### ÜBERBLICK

#### Sobotka kandidiert nicht als Bundespräsident

WIEN. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) plant nicht, bei der nächsten Hofburg-Wahl anzutreten. Er wolle bis zum Ende der Legislaturperiode seine Funktion ausfüllen, womit ich eine Kandidatur ausschließe, sagte Sobotka gestern in einem Interview. Die Zweite Präsidentin Doris Bures (SPÖ) ließ diese Frage offen. Das gebiete der Respekt vor dem amtierenden Staatsoberhaupt, sagte sie. Auch der Dritte Präsident Norbert Hofer (FPÖ), der lange mit einem neuerlichen Antritten geliebäugelt hatte, wollte sich gestern nicht festlegen.

# „Einige haben das gar nicht verkraftet“

Die ehemalige Ministerin Maria Rauch-Kallat über Frauenfeindlichkeit und Bundeshymne

VON BARBARA EIDENBERGER

WIEN. Seit 2011 ist Maria Rauch-Kallat nicht mehr als Politikerin tätig. Aktiv ist sie aber noch immer und hat sich der Frauenförderung verschrieben. Über Frauen in der Politik und ihre letzte Amtshandlung, die Töchter in der Bundeshymne zu verankern, spricht die 71-Jährige im OÖN-Interview.

**■ OÖNachrichten: Ihr letzter Antrag als Nationalratsabgeordnete im Jahr 2011 war zugleich jener, der wohl den meisten Staub aufwirbelte. Die Töchter in die Bundeshymne zu schreiben wurde bekämpft, lächerlich gemacht, als unwichtig abgetan. Wie erklären Sie sich die Vehemenz der Gegner?**

**Maria Rauch-Kallat:** Erklären kann ich mir das nur mit einer latenten Frauenfeindlichkeit, die es vor allem auch in den sozialen Medien gibt. Sobald das Thema auftaucht, gibt es unglaubliche Kommentare. Im Parlament hat mich das sehr betroffen gemacht, weil ich mir gewünscht hätte, dass dort ein höheres Bewusstsein herrscht. Aber es gab einige, die das gar nicht verkraftet haben. In der Zwischenzeit gibt es aber eine Generation an Kindern, die die Hymne nur in der neuen Version kennen. Es ist ja auch nicht das wichtigste Thema. Aber Sprache schafft Bewusstsein, insofern war es auch wichtig.

**■ Die Bundeshymne wird im Sport oft in der alten Version gesungen. Tut Ihnen das weh?**

Für die Frauen, die am Stockerl stehen, tut es mir weh. Selbst wenn diejenige sagt, es ist ihr egal – es gibt viele Sportlerinnen, denen das nicht egal ist. Das war mit ein Grund, warum ich das durchsetzen wollte.

**■ Den Antrag durchzubringen, nannten Sie selbst einmal eine „Geheimaktion“. Wieso?**

Ich war nicht die Erste, die das versucht hat und kannte daher die Anfeindungen schon. Als Frauenministerin habe ich schon einmal einen Versuch gestartet, aber da fing dann ein Kleinformat dagegen zu kampagnisieren an. Der Koalitionspartner – damals das BZÖ – bekam kalte Füße. 2011 wusste ich, das ist jetzt meine Chance. Ich habe zuerst vorgefühlt, bei den Medien, bei den anderen Parteien. Für meine letzte Parlamentssitzung bereitete ich den Antrag vor ohne Wissen von meinem Klubobmann Karlheinz Kopf. Ich wusste, im Klub bekomme ich keine Mehr-



Ex-Frauenministerin Maria Rauch-Kallat ist Quoten-Befürworterin. Foto: Appel

#### MARIA RAUCH-KALLAT BEIM OÖN-FRAUENTAG 2020

Am 6. März 2020 findet der zweite OÖN-Frauentag statt. Die Besucherinnen erwartet ein buntes Programm mit einem Mix aus Politik, Karriere und Geld, Gesundheit, Kulinarik, Mode, Styling und Erziehung. Vor allem aber sollen viele interessante Frauen zu Wort kommen. Eine davon ist die ehemalige Frauenministerin **Maria Rauch-Kallat** (ÖVP). Ihr Weg in die Politik führte über eine Erkrankung ihre Tochter. Das Mädchen erblindete im Alter von vier

Jahren. Um ihr ein möglichst normales Leben zu schaffen, war Rauch-Kallat sehr aktiv. Erhard Busek holte sie in die Politik, wo Rauch-Kallat viele Ämter innehatte: Bundesrätin, Landtagsabgeordnete, Generalsekretärin, Nationalratsabgeordnete und Ministerin.

Über ihr bewegtes politisches Leben wird Rauch-Kallat am OÖN-Frauentag sprechen. Das detaillierte Veranstaltungsprogramm finden Sie auf [www.nachrichten.at/frauenzeit](http://www.nachrichten.at/frauenzeit)

heit. Deshalb ging es nur in einer geheimen, parteiübergreifenden Frauenaktion. Eine Stunde vor meiner Rede kam es doch raus. Dann redeten meine Kollegen so lange, das mir keine Zeit mehr blieb. Den Antrag brachte ich trotzdem ein. Beim endgültigen Beschluss im Dezember reiste ich gerade nach Peking. Dort angekommen, bekam ich eine SMS: „Du Hexe du!“

**■ Von wem?**

Einem Parteifreund (lacht).

**■ Haben Frauenthemen nur eine Chance, wenn man die Männer damit überrumpelt?**

Nein, eigentlich war unsere Strategie immer, die Männer einzubeziehen. Die weitblickenden Männer haben auch schon erkannt, dass ohne Frauen kein Staat zu machen ist.

**■ In der Bundesregierung sitzen**



„Mittlerweile sind auch die Männer draufgekommen, dass jeder Platz für eine Frau einer weniger für einen Mann bedeutet. Das ist ein Verteilungskampf an der Spitze.“

**so viele Frauen wie noch nie. Wie finden Sie das?**

Das freut mich sehr, ein wichtiges Signal. Frauen müssen sich einbringen, damit nicht Männer ihr Leben regeln. Frauen haben nun einmal eine andere Lebenswelt. Wenn nur Männer Politik machen, entscheiden sie so, wie es für ihre Welt und ihre Sichtweise passt. Wichtig ist auch, dass Frauen in den Gremien eine kritische Masse erreichen. Das ist etwa ein Drittel, wünschenswert ist natürlich die Hälfte. Aber sind es weniger, herrscht ein unglaublicher Anpassungsdruck und jede Veränderung ist sehr schwierig. Auch in Unternehmen gilt: Je ausgeglichener die Führungsteams, desto erfolgreicher die Firma.

**■ Trotzdem ist diese Gleichberechtigung noch immer nicht überall Realität.**

Mittlerweile sind auch die Männer draufgekommen, dass jeder Platz für eine Frau einer weniger für einen Mann bedeutet. Das ist ein Verteilungskampf an der Spitze. Männer haben noch immer deutlich mehr Zug zum Tor. Frauen kämpfen für eine Sache, aber nicht für sich selbst.

**■ Würde die Quote helfen?**

Ja, sie hilft und sie beschleunigt. Ich war auch nicht immer ein Fan davon, aber meine Erfahrung hat mich gelehrt, dass die Quote wirkt.

**■ Welchen Tipp haben Sie für Frauen, die in die Politik gehen wollen?**

Sich selbst treu bleiben, einen langen Atem haben und nicht erwarten, dass man von allen geliebt wird. Viel wichtiger ist es, respektiert zu werden. Und man muss sich wehren, nicht alles schweigend hinnehmen. Es gibt diesen Spruch: „Hinter jedem erfolgreichen Mann steht eine Frau, die ihn unterstützt. Hinter jeder erfolgreichen Frau steht ein Mann, der sie aufhalten will.“ Und ich ergänze mit: Was heißt einer? Dutzende!

# Fischer: „Kritik nicht in geheimen Gesprächen, sondern offen“

Gedenken an den 12. Februar 1934 der SPÖ Oberösterreich; ehemaliger Bundespräsident mahnte Verteidigung der Demokratie ein

LINZ. „Rücksichtslos und schamlos“ sei im Jahr 1934 mit der Verfassung umgegangen worden, beschrieb der ehemalige Bundespräsident Heinz Fischer in einem Beitrag zur Veranstaltung „100 Jahre Verfassung. 100 Jahre Kampf um Demokratie“ im Rahmen des Gedenkens an den 12. Februar 1934 der SPÖ Oberösterreich im Linzer Central. Den Bogen spannte er dabei in die Gegenwart: „Zeitgeschichte ist wichtig, um daraus zu lernen.“ Die Demokratie in Öster-

reich sei „widerstandsfähig, aber nicht unzerstörbar“. Eine Verfassung sei eine notwendige, aber keine ausreichende Voraussetzung für Demokratie: „Es braucht auch Demokraten, die sie verteidigen, und eine soziale und ökonomische Basis.“ Und es brauche den Rechtsstaat samt unabhängiger Justiz, nahm Fischer Bezug auf die Diskussion um die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft: „Wenn man Kritik übt, dann nicht in geheimen Hintergrundgesprä-

chen, sondern offen im Parlament. Wer hier aus welchen Motiven und in welcher Diktion etwas sagt, darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden.“

Diskutiert wurde auch die Frage, wie an Demokratie teilgenommen wird. Dazu präsentierte die Politikwissenschaftlerin Tamara Ehs Studien, die zeigen, dass die Zahl derer, die nicht wählen dürfen, steigt. Sie stellte ein Wahlrecht für Menschen, die seit einem Jahr einen legalen Aufenthalt haben, auf kom-



Heinz Fischer (MecGreenie)

munaler Ebene zur Diskussion. SPÖ-Vorsitzende Birgit Gerstorfer betonte, die Partei würde darüber beraten. Sie sieht die Aufgabe der Politik darin, Menschen direkt anzusprechen. Dass dies gelingen könne, wolle man bei der Landtagswahl 2021 unter Beweis stellen. Schwierig sei die Situation der SPÖ, sagte Fischer, aber: „Ich lasse mir die Zuversicht nicht nehmen, dass die Grundwerte, wie Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit, halten.“ (eiba)